



27. Februar 2025

Gemeinsame Pressemitteilung des Landeselternrats M-V sowie der Kreis- und Stadtelternräte

Streik im ÖPNV M-V versus – auch Kinder haben ein durch das GG garantiertes Recht auf Bildung.

Stellungnahme des Landeselternrat M-V, der Kreis- und Stadtelternräte NWM, LUP, SN, MSE, VR, LRO, VG und HRO zum erneut angekündigten Warnstreik von Verdi am 03. März 2025.

Der Landeselternrat ist gesetzlicher Vertreter von ca. 200 000 Schülern im Land und damit von ca. 400000 Eltern.

Die angekündigten Warnstreiks im öffentlichen Personennahverkehr bedeuten für einen Großteil der Schülerinnen und Schüler in M-V weitere verlorene Schultage und für Eltern zum Teil unlösbare Probleme.

Mit Entsetzen haben wir der Verdi-Pressemitteilungen entnommen, das von weiteren 7 Streiktagen die Rede war. Die neuesten Pressemitteilungen zeigen den Ansatz von Einlenken der Arbeitsgeberseite und auch von Verdi, aber der angekündigte Warnstreik am Montag bleibt weiterhin bestehen und eine Einigung ist noch nicht absehbar.

Dies bedeutet für die gesamte Schülerbeförderung im Land zum wiederholten Male massive Einschnitte in ihr Grundrecht auf Bildung, denn auch der Schülerverkehr ist denklologisch ein kausaler Bestandteil.

Gerade die Kollision des Grundrechts auf Bildung und dem Streikrecht sollte mit wesentlich mehr Fingerspitzengefühl gelöst werden. Uns erreichen Mails von Eltern aus dem Land, die es an Deutlichkeit und an Unverständnis hierzu nicht fehlen lassen.

Schülerbeförderung ist kein ÖPNV! Letztlich trägt das so offensichtlich nicht zu einem gesamtgesellschaftlichen Verständnis der wertvollen Arbeit von Arbeitnehmervertretungen bei.

Es kann nicht vorausgesetzt werden, dass alle Schülerinnen und Schüler zu Hause betreut werden können oder anderweitig zur Schule gebracht werden. Gerade in der Primarstufe und im Ganztags sind die Eltern auf eine umfassende Betreuung angewiesen, um auch ihren Arbeitspflichten nachzugehen.

Nicht nur die Beförderung zur Schule und nach Hause, auch die Beförderung zu den Horten und außerschulischen Aktivitäten, wie Sportstätten und Schwimmbädern werden bestreikt.

Damit grenzen wir unsere Kinder von gesellschaftlicher Teilhabe aus - die Grundvoraussetzung für Demokratie. Das kann unmöglich ein Ziel oder auch nur ein akzeptabler Nebeneffekt sein.

Bei allem Respekt und Verständnis für die Forderungen der Tarifparteien und ihr Grundrecht auf Streik, aber bitte nicht auf dem Rücken der Schwächsten der Gesellschaft und zwar unseren Kindern!

Wir appellieren daher an die Tarifpartner eine schnellstmögliche Einigung zu erzielen.

Die Eltern(-vertreter) des Landes erwarten von den Beteiligten, dass zumindest der Schülerverkehr auch an diesen Tagen gewährleistet wird bzw. Lösungen gesucht werden.

Im Namen des Landeselternrats M-V und der Kreis- und Stadtelternräte

Tobias Lankow Vorsitzender Landeselternrat M-V, Stadtelternrat Rostock

Sebastian Ewald Vorsitzender Kreiselternrat Landkreis Rostock

Silvia Muxfeldt Vorsitzende Kreiselternrat Ludwigslust-Parchim

Frank Dade Vorsitzender Kreiselternrat Mecklenburgische Seenplatte

Anna Kessin Vorsitzende Kreiselternrat Nordwestmecklenburg

Mario Riedel Vorsitzender Kreiselternrat Vorpommern- Greifswald

Werner Pietsch Vorsitzender Kreiselternrat Vorpommern-Rügen

Daniel Rintsch Vorsitzender Stadtelternrat Schwerin